

FDP-Wahlprogramm

zur

**Kommunalwahl
am 27. März 2011**

beschlossen
auf der

Kreismitgliederversammlung
am 1.03.2011
in Ober-Ramstadt, Hammermühle

Inhaltsverzeichnis

Präambel	1
Kreis und Kommunen brauchen ihre Mitte	1
Die Gemeinschaft nicht überfordern	1
Kraftvoll im Kreistag: FDP	2
Haushalt und Verwaltung	3
Haushalt konsolidieren – Ja zur Schuldenbremse	3
Kreiskommunen nicht überfordern	3
Endlich externe Verwaltungsüberprüfung	4
Haushaltsicherungskonzept intensivieren	4
Wirtschaftliche Tätigkeiten des Kreises überprüfen	5
Verwaltungsverfahren verkürzen und verbessern	5
Wirtschaft	7
Rahmenbedingungen für die Wirtschaft fördern	7
Breitbandausbau beschleunigen.....	7
Privat vor Staat	8
Schulpolitik	9
Gute Bildung in guten Schulen	9
Schulentwicklung verlangt Konsens	10
Gemeinsamer Schulentwicklungsplan unverzichtbar	10
Selbständige Schule braucht selbständige Mittel	10
Kindergarten und Grundschule vernetzen	10
Ganztagsschule konsequent weiterentwickeln	11
Mittelstufenschulen anregen	11
Gymnasiales Angebot ausweiten	11
Inklusion verlangt Voraussetzungen	12
Schulsozialarbeit intensivieren	12
Lebenslang lernen	12
Schülerbeförderung besser abstimmen	13
Kultur- und Sportpolitik	14
Kulturpolitik und Vereine sind gesellschaftliche Chance.....	14
Ehrenamt braucht Anerkennungskultur	14
Sport ist Gesellschaftsleben	15
Schulsporthallen funktionsfähig halten	15
Sportstättenentwicklung fortsetzen	15
Schwimmbäder als Ausbildungsstätten	15
Soziales, Gesundheit, Senioren	16
Mehr Arbeitsvermittlung, mehr Generationengerechtigkeit, mehr Sicherheit	16
Bürgerengagement stärken.....	16
Gesundheitswesen reformieren	16
Kooperationen bilden	17
Versorgung verbessern	17
Senioren einbinden.....	18
Keine einseitige Bevorzugung von Kommunen	18
Jugend ernst nehmen	19
Kinder und Familie fördern.....	19
Integration kommunal verwirklichen	20
Sicherheit erhöhen	20

Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.....	21
Ehrenamt I. Klasse stärken.....	21
Synergieeffekte schaffen	21

Verkehrspolitik 23

Mobilität sichern	24
Straßeninfrastruktur nach Priorität ausbauen	23
Nordostumgehung wichtigste Infrastrukturmaßnahme	23
Ortskernentlastungen zügig fertig stellen	24
Darmstadt in Planungen einbeziehen	24
Radwegenetz bedarfsgerecht verbessern.....	24
ÖPNV benutzerfreundlich machen	24
Schienenverkehr optimieren	25
Internationale Bedeutung des Frankfurter Flughafens stärken.....	26

Umwelt und Natur 27

Natürliche Lebensgrundlagen erhalten.....	27
Land- und Forstwirtschaft sichern unseren Kulturraum.....	27
Abfallwirtschaft bürgerfreundlich gestalten	28

Energie 29

Strom bezahlbar halten	29
Aktive Bürgerbeteiligung beim Leitungsausbau	29
Kernenergie als Brückentechnologie nutzen	29
Elektromobilität fördern.....	29
Energie effizienter einsetzen	29

Anhang

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag 2011-2016

Präambel

Kreis und Kommunen brauchen ihre Mitte Die Gemeinschaft nicht überfordern

Darmstadt-Dieburg ist ein Landkreis mit großen Möglichkeiten und besonderen Entwicklungschancen für seine 23 Städte und Gemeinden mit insgesamt 91 Ortsteilen.

Er zählt zu den aussichtsreichsten deutschen Wirtschaftsregionen. Inmitten der großen Ballungsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar umschließt der viertgrößte hessische Landkreis die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Oberzentrum des Wirtschaftsraums Starkenburg. Nahezu 17 000 innovative Unternehmen, Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsangebote sind in Darmstadt-Dieburg Ausdruck der Wirtschaftskraft mit bevorzugten Wohn-, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten.

Unser Landkreis, Heimat für bald 290 000 Menschen mit den unterschiedlichsten Lebenskonzepten und -zielen, steht in Südhessen im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Attraktivität als Wohnort und Lebensraum. Von der Politik werden die besten Rahmenbedingungen für Bildung und Beschäftigung, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit, für Mobilität, Freizeit und Familien erwartet.

Hierbei steht der Kreistag mit seinen 71 Abgeordneten, die mit ihren Fraktionen am 27. März für die nächsten fünf Jahre zur Wahl stehen, in besonderer Verantwortung. In der vergangenen Legislaturperiode hat sich die FDP als Motor der Oppositionsarbeit durch Zuverlässigkeit und Fleiß, Fachkompetenz und Ideen ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen erworben.

Die Freien Demokraten sehen in der kommunalpolitischen Verantwortung das entscheidende Element der politischen Ordnung. Denn nur hier trifft man auf das Ganze der Bürgerinteressen und nur hier entsteht Heimat – auch durch das, was wir tun.

Nur hier kann neues Engagement wachsen für den Staat und eine Gesellschaft, in der es sich lohnt, zu leben, zu arbeiten und sich einzusetzen – nicht nur für sich, sondern auch für andere. Die Politik der FDP im Landkreis Darmstadt-Dieburg bleibt der Aufgabe verpflichtet, die Lebensbedingungen jedes Einzelnen zu verbessern. Erreichtes und Bewährtes zu sichern, aber auch Fortschritt beharrlich und mit Augenmass umzusetzen, erfordert eine Politik der Mitte.

Deshalb sind wir gleich weit entfernt von konservativem Reformunwillen, wie vom Irrglauben, Sozialismus sei automatisch Zukunftsgewinn für Jeden, weil Staat und Gesellschaft für alle Angelegenheiten ihres Lebens aufkommen könnten.

Darum wollen wir dem öffentlichen Bereich auch auf der Ebene des Kreises und der Kommunen Grenzen setzen und verhindern, dass die Gemeinschaft den einzelnen überfordert und der Staat letztlich selbst Opfer überzogener Ansprüche an ihn wird.

Die Liberalen werben am 27. März auch um Ihre Unterstützung zur Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung. Sie soll die Politik im Land verpflichten, ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen: Das ist der Generationenvertrag mit unseren Kindern und Enkeln, deren Zukunft und Lebensperspektive nicht von den Lasten erdrückt werden darf, die Bund, Länder und

Kommunen mit immer neuen Schulden aufbürden.

Am Wettbewerb der Parteien um Wahlversprechen, die angesichts einer dramatischen Schuldenlast unverantwortlich sind, wird sich die FDP im Landkreis deshalb nicht beteiligen. Den politischen Heilslehren von den linken und rechten Rändern setzen wir Vernunft und praktische Politik entgegen, die sich an ihrem Wert für die Verantwortungs- und Bürgergesellschaft und für die künftigen Generationen orientiert.

Im Kreistag bleibt unsere Politik deshalb klar, kompetent und konstruktiv, in welcher Konstellation auch immer.

Kreispolitik in Darmstadt-Dieburg war immer dann wirklich erfolgreich, wenn Alleinherrschaft einer Partei verhindert wurde durch Zwang zu bürgerlichen Koalitionen und Fähigkeit zu vernünftigen Kompromissen. So hat die FDP in unserem Landkreis in Koalition mit der CDU und Landrat Dr. Kappes wie mit der SPD und Landrat Jakoubek Maß und Mitte gehalten und extreme politische Ausschläge verhindert. Koalitionsentscheidungen treffen wir mit dem Maßstab größtmöglicher Durchsetzbarkeit liberaler Positionen. Einer Zusammenarbeit mit der Linke/DKP erteilen wir eine klare Absage: Unser Landkreis ist kein Experimentierfeld für "neue Wege zum Kommunismus".

Kraftvoll im Kreistag – Motor: FDP

Wir wollen, dass der rote Faden einer bürgerlichen Kreiskoalition wieder die liberale Handschrift ist. Natürlich streben wir deshalb nach Mehrheiten im Wettbewerb um ein verantwortungsgerechtes Programm, das wir kompetent und zuverlässig umsetzen wollen. Es geht nicht um Machtanspruch als Selbstzweck. Deshalb haben wir in der letzten Legislaturperiode die Einladung von SPD und Grünen zurückgewiesen, ihrer knappen absoluten Mehrheit beizutreten, um mögliche Unsicherheiten in den eigenen Reihen auszugleichen.

Unsere konstruktive Oppositionsarbeit entsprach unserem Verständnis vom Funktionieren der Demokratie aus Verantwortung für Programm und Wählerauftrag. Mit Ideen, Fleiß und Pflichterfüllung wird die FDP-Fraktion im Kreistag auch in den kommenden Jahren

- programmatisch offensiv und Avantgarde bleiben
- Partei ergreifen und nicht ausweichen in politische Phrasen oder beliebiges Sowohl als Auch
- für eine offene Gesellschaft eintreten, in der jeder Einzelne für seine Ideale und Vorstellungen stehen kann und sich um den besten Weg bemühen, nicht aber um den Vorteil einer Partei oder Person.

Geben Sie bitte am 27. März Ihre Stimme der FDP und ihren Kandidaten auf der Kreistagsliste, damit wir die zentralen Ziele unserer Politik für eine erfolgreiche Zukunft in unserem Landkreis, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für sichere Arbeitsplätze und vielfältige Bildungsangebote erreichen können.

Ihr
Klaus-Jürgen Hoffie
Fraktionsvorsitzender

Haushalt und Verwaltung

„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht Bankrott gehen will.“
Marcus Tullius Cicero (106-43 v.Chr.)

Haushalt konsolidieren – Ja zur Schuldenbremse

Die Schuldenberge der öffentlichen Haushalte wachsen rasant: Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, vor allem die Bankenrettung hat die öffentliche Verschuldung in Deutschland im vergangenen Jahr auf einen Rekordstand von fast 2 Billionen Euro getrieben. Beim Bund erhöhten sich die Schulden auf über 230 Mrd Euro, bei den Ländern auf fast 600 Mrd Euro, darunter das Land Hessen mit fast 40 Mrd Euro. Die kommunale Verschuldung erreicht inzwischen nahezu 120 Mrd Euro. Damit steht jeder Bundesbürger mit beinahe 25 000 Euro in der Kreide.

Um diese bedrohliche Entwicklung zu ändern, hat die Bundesregierung mit einer Grundgesetzänderung eine Schuldenbremse eingeführt. Ab 2016 darf der Bund nur noch geringe Schulden machen, und die Länder müssen ab 2020 ganz ohne neue Schulden auskommen.

In Hessen soll am 27. März 2011 durch Volksentscheid die Schuldenbremse in der Verfassung verankert werden. Die FDP will, dass den kommenden Generationen ohne erdrückende und nicht mehr beherrschbare Lasten ein freiheitliches Leben in eigener Verantwortung, eigener Gestaltung und Zukunftsfähigkeit ermöglicht wird.

Kreiskommunen nicht überfordern

Auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg befindet sich in einer finanziell katastrophalen Lage.

Sie „übertrifft“ selbst nach Aussage von Landrat Schellhaas „jede Vorstellung von einem geordneten Haushalt“.

Der Doppelhaushalt 2010/2011 weist bis Ende 2011 den Rekordfehlbetrag von rd. 95,1 Mio Euro aus, die Schulden betragen aktuell ca. 240 Mio Euro, das sind fast 830 Euro pro Landkreisbürger.

Dabei ist der Kreis noch in der Lage, dass er mit insgesamt 44,37 Mio Euro aus Mitteln des Sonderinvestitionsprogramms des Bundes und Hessens Projekte vor allem im Schulbau, für Sporthallen und für energetische Sanierung in Höhe von rd. 250 Mio Euro bis 2016 vorziehen und realisieren kann. Hinzu kommen 11 Mio Euro Fördermittel des Landes zu den Investitionsvorhaben der Kreiskliniken. Damit konnte der Finanz- und Wirtschaftskrise regional entgegengewirkt werden.

Das aber zwingt auch zu starker Zurückhaltung bei Investitionen in den kommenden Jahren mit allen negativen Folgen aus fehlenden Auftragsvergaben für Unternehmen und Arbeitsplätzen in der Region.

Die Kommunen des Kreises werden alleine aus den Sonderprogrammen 30 Jahre lang eine zusätzliche jährliche Belastung aus Zins- und Tilgungslasten in Höhe von 5,8 Mio Euro verkraften müssen.

Die Schulden von heute aber sind die Steuern, Abgaben und Gebühren von morgen.

Die Liberalen sehen in der Krisenbewältigung aber auch Chancen, um wegweisend, zielstrebig und innovativ voranzukommen.

Endlich externe Verwaltungsüberprüfung

„Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut sind, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.“
Marcus Tullius Cicero (106-43 v.Chr.)

Die Kreispolitik muss deutlich stärker aufgaben-, als ausgabenorientiert gestaltet werden:

Welche Aufgaben sind besonders wichtig oder unabdingbar, welche prioritär, welche nachrangig? Die Politik darf nicht nur den verfassungsgemäßen Anspruch nach ausreichender finanzieller Ausstattung der kommunalen Haushalte oder nach schlichten Kürzungen in einzelnen Bereichen erheben. Sie ist auch gefordert, durch konstruktive und ideenreiche Konzepte aufzuzeigen, wie der Kreis seine Aufgaben in Zukunft effektiv und effizient wahrnehmen kann.

So packt der Kreis deshalb jetzt endlich das Projekt an, auf das die FDP seit Gründung des Großkreises Darmstadt-Dieburg als einzige Partei in jeder Wahlaussage hingewirkt hat: Eine breit angelegte, grundsätzliche Untersuchung zur Optimierung aller Verwaltungsleistungen des Landkreises nach den Prinzipien moderner Managementansätze durch Beauftragung externer Experten für Verwaltungsvereinfachung und -rationalisierung, der KGSt.

Dies hatte die FDP bereits in der sozialliberalen Koalition durchgesetzt, musste das Projekt jedoch wegen der zögerlichen Haltung des Koalitionspartners in die nächste Legislaturperiode übertragen. Die Fortsetzung der Koalition scheiterte allerdings daran, dass die SPD einen Sitz verlor. Rotgrün negierte die Forderung, bis sie jetzt – angesichts der Zwänge zur Haushaltskonsolidierung – wieder aufgegriffen wurde. Sie muss jetzt konsequent realisiert werden! Dabei müssen die strategischen Ziele benannt, die zukünftigen Leistungsprofile erarbeitet, Personalressourcen optimiert und die Effektivität der Verwaltung gesteigert werden. Sie muss sich noch stärker als bisher als Dienstleister für Bürger und Unternehmen begreifen. Dass unsere Kreisverwaltung mit ihren verbundenen Unternehmen mit ihren mehr als 2 200 Mitarbeitern mittlerweile den größten Arbeitgeber im Landkreis darstellt, ist kein Ruhmesblatt sondern ein Manko. Externe Evaluationen müssen auch für die so genannten Eigenbetriebe des Landkreises gelten (DaDi-Werk, Kreiskliniken, Ki-BiS).

Haushaltssicherungskonzept intensivieren

Gleichzeitig wird für den Kreisetat ein Haushaltssicherungskonzept realisiert, dass von der FDP vorsorglich angesichts der erkennbaren Entwicklung schon zu Zeiten ausgeglichener Haushalte gefordert wurde und jetzt von der Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidium, verlangt worden ist.

Am „Runden Tisch“ der Kreistagsfraktionen konnten für 2010 bereits rd.4 Mio Euro Einsparungen erarbeitet werden, für dieses Jahr soll ein mindestens ebenso hoher Betrag folgen.

Dennoch muss der Landkreis jährlich über 10 Mio Euro nur an Zinsen aufwenden.

Mit steigenden Schulden aus dem Doppelhaushalt 2010/11 wachsen auch die Zinsbelastungen.

Dieser Entwicklung muss zwingend Einhalt geboten werden, um finanzielle Spielräume zurück zu gewinnen, die für „freiwillige Leistungen“ erforderlich sind, die über die Pflichtaufgaben des Kreises hinausgehen. Das betrifft sowohl den gesamten sozialen Bereich mit notwendigen Förderungen vom Kindergarten bis zu den Seniorenheimen, wie auch die gesamte Vereinsarbeit oder das vielfältige kulturelle Engagement.

Aber auf Jahre wird der Landkreis zunächst einen strikten Sparkurs gehen und alle freiwilligen Leistungen weiterhin auf ihre Notwendigkeit und Effizienz überprüfen müssen.

Wirtschaftliche Tätigkeiten des Kreises überprüfen

Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass wirtschaftliche Tätigkeiten des Landkreises auf öffentliche Zwecke beschränkt bleiben.

Denn anders als in der Privatwirtschaft, hat der Landkreis keine Befugnis zu beliebiger Beteiligung am Wirtschaftsleben. Die FDP fordert grundsätzlich, dass sich der Landkreis wirtschaftlich nur dann betätigt und beteiligt, wenn es um Erfüllung öffentlicher Aufgaben geht – bei denen es sich um Bedürfnisse seiner Bürger, also um das Gemeinwohl handelt.

Soweit diese Aufgaben dauerhaft in gleicher Qualität und zu gleichen Kosten von Privaten erbracht werden können, soll nach dem Grundsatz Privat vor Staat gehandelt werden.

Die Beteiligungen des Landkreises in Höhe von insgesamt 170 Mio Euro und 14,8 Mio Euro bei den Eigenbetrieben müssen ständig kritisch infrage gestellt werden.

Alle Leistungen, die gleichzeitig vom Kreis sowie seinen Städten und Gemeinden erbracht werden, sollen darauf überprüft werden, ob sie nicht effektiver allein von den Kommunen erbracht werden können. Kosten, die der Kreis dadurch spart, müssen den Kommunen zugute kommen.

Verwaltungsverfahren verkürzen und verbessern

Die Liberalen setzen sich mit Nachdruck für die Verkürzung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren zur zügigeren Umsetzung privater und gewerblicher Investitionen sowie zur Lockerung der Richtlinien zur Vergabe öffentlicher Aufträge ein.

Erleichterte Vergabebedingungen haben sich bei der Ausschreibung der Projekte aus den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes Hessen bewährt. Danach kann eine freihändige Auftragsvergabe ohne Ausschreibung bis zu einer Höhe von 100 000 Euro erfolgen. Dabei sollen möglichst die wettbewerbsfähigen regionalen Unternehmen berücksichtigt werden.

Die FDP fordert ein transparentes Vergabeverfahren auch für Bauverfahren, die unterhalb der Schwelle eines förmlichen Vergabeverfahrens liegen: Das erfolgreiche Gebot muss zu den tatsächlichen Kosten der Maßnahme in einem wirtschaftlich sinnvollen und realistischen Verhältnis stehen.

Aufwands- und/oder Aufwandsüberschreitungen bei unverändertem Leistungsumfang von über 20 % gegenüber dem Planansatz sind nicht hinnehmbar. Die FDP verlangt in derartigen Fällen eine lückenlose, nachvollziehbare Begründung, eine Zuordnung der persönlichen Verantwortung und strukturelle Konsequenzen für Planung und Auftragsabwicklung.

Das gilt besonders für die Eigenbetriebe des Kreises, wie das Umwelt- und Gebäudemangement DaDi-Werk.

Wirtschaft

Rahmenbedingungen für die Wirtschaft optimieren

Im Landkreis sind mehr als 17 000 Unternehmen mit über 60 000 Beschäftigten angesiedelt. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie öffentliche und private Dienstleister. Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft beträgt 1,6 Milliarden €. Diese Wirtschaftskraft muss nicht nur erhalten sondern weiter ausgebaut werden. Auf die Bedürfnisse sowohl bestehender als auch potenziell hinzu kommenden Unternehmen muss eingegangen werden. Das erfordert zwingend eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis, seinen Kommunen und der IHK. Ein internationales Standortmarketing kann vom Landkreis nur über die Mitgliedschaft in der FrankfurtRheinMain GmbH geleistet werden. Sie ist für die FDP deshalb unverzichtbar.

Einer Studie der IHK zufolge werden in Südhessen zwischen 2012 und 2017 jährlich ca. 27 000 Fachkräfte fehlen. Die Attraktivität des Wohnstandortes Darmstadt-Dieburg und für Freude an Freizeit muss weiter erhöht werden, auch um Fachkräfte an die Region zu binden. Investitionen in Bildung auf allen Ebenen bis hin zu den Hochschulen sind daher unabdingbar. Die auf Initiative des FDP-Fraktionsvorsitzenden Klaus-Jürgen Hoffie errichtete Internationale Schule am Schuldorf Bergstraße war der wichtigste Schritt, um für Kinder und Schüler von beruflich international mobilen Familien ein adäquates Bildungsangebot in Südhessen zu schaffen und ist damit ein bedeutender Standortfaktor.

An den allgemeinbildenden Schulen muss die Ausstattung der Räumlichkeiten für Fachunterrichte insbesondere in den Naturwissenschaftlichen Disziplinen mit Nachdruck verbessert werden. Die Unternehmen sind ihrerseits aufgefordert, ihre Arbeitszeitmodelle noch flexibler als bisher zu gestalten, damit auch verstärkt die gut qualifizierten Frauen in der Lage sind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Kreis gegenüber Bund, Land und der Region konsequent und in endlich besserer Abstimmung mit der Stadt Darmstadt die Rahmenbedingungen einfordert, deren Realisierung außerhalb seiner eigenen Zuständigkeit und Möglichkeit liegen.

Die Infrastruktur im Landkreis muss so entwickelt werden, dass sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer optimale Bedingungen vorfinden. Hierzu gehören neben dem Individualverkehr auch ein gut ausgebauter ÖPNV und vor allem ein in allen Belangen gut ausgebautes schnelles Internet.

Breitbandausbau beschleunigen

Die FDP fordert eine schnelle Breitbandversorgung mit mehr als 16 Megabit pro Sekunde – die EU-Kommission plant sogar eine europaweite Versorgung mit 30 Megabit/sek. als Konjunkturprogramm. Die schnelle Internetverbindung ist die wichtigste Infrastrukturmaßnahme nicht nur für Unternehmen, sondern auch ein entscheidender Standortfaktor für eine prosperierende Wirtschaft und ein Grundbedürfnis für den Bürger im Landkreis.

Es sind nicht nur Unternehmen und Dienstleister, sondern auch Schüler und Studenten, die eine leistungsfähige Internetverbindung benötigen, Arbeitnehmer, die eine Möglichkeit haben sollen, von zu Hause aus zu arbeiten, Selbstständige, die

Unterlagen per eMail verschicken und Familien, die z.B. ihre neuesten Fotos austauschen wollen. Vor allem für den ländlichen Raum ist eine Breitbandversorgung von besonderer Bedeutung, da sich auf diese Weise Fahrten vermeiden lassen. Der E – Government-Aufbau mit Verwaltungswegen über das Internet macht nur dann Sinn, wenn alle Bürger daran teilhaben können, die es möchten.

Privat vor Staat

Beim Ausbau der Breitbandversorgung muss jedoch der Grundsatz „Privat vor Staat“ gelten. Bevor der Kreistag den Versprechungen des Landrats folgt, selbst 50 Mio Euro zu investieren und damit den Schuldenberg weiter dramatisch zu erhöhen, müssen in Abstimmung mit den Programmen des Bundes und des Landes alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, dass auch hier privaten Investoren der Vorrang eingeräumt wird, wenn sie die Leistungen zu gleichen Kosten, gleicher Qualität und auf Dauer erbringen können.

Schulpolitik

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung“.

John F. Kennedy (1917-1963)

Gute Bildung in guten Schulen

Das wertvollste Startkapital ist für junge Menschen eine gute, umfassende Bildung. Damit sind Fachwissen, Werteorientierung, Schlüsselqualifikationen, Sozialverhalten und die Befähigung zum selbständigen, lebenslangen Lernen gemeint. Die FDP will die vielfältige Bildungslandschaft im Landkreis erhalten und weiter ausbauen. Vielfalt der Angebote, finanzielle, organisatorische und personelle Selbstständigkeit der Schulen und Wettbewerb sind die intelligente Lösung für die Zukunft.

Die FDP hat im Landkreis seit vielen Jahren nachhaltig bildungspolitische Akzente gesetzt:

- In zeitlicher Abstimmung mit der Stadt Darmstadt haben wir in Koalitionsverantwortung mit der CDU bereits in der ersten Legislaturperiode im gesamten neu gebildeten Großkreis die Förderstufe eingeführt, um gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle Schüler zu schaffen.
- Als eine von zwei hessischen Modellschulen wurde mit der Offenen Schule auf Betreiben der FDP in Babenhausen erstmals wahlweise auch ein Ganztagsangebot geschaffen.
- Durch einen Antrag der Schulexpertin der FDP, Sigrid-Inge Slabon wurde die schrittweise Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Kooperative Gesamtschulen angestoßen. Diese Entwicklung war Voraussetzung für die von der FDP-Fraktion gegen erhebliche Widerstände eingeleitete Einführung der gymnasialen Eingangsklassen als „gymnasialer Ringanker“.
- Die auf Initiative des langjährigen FDP-Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen hessischen Wirtschaftsminister, Klaus-Jürgen Hoffie, in Koalitionsverantwortung mit der SPD eingerichtete, schulgeldfreie Internationale Schule mit internationalem Kindergarten am Schuldorf Bergstraße ist ein entscheidender Standortfaktor für den Landkreis im Wettbewerb der Wirtschaftsregionen Europas.
- Als erste und einzige Partei in Südhessen hat der FDP-Bezirksparteitag bereits 2006 einstimmig die Forderung nach einem gemeinsamen, die südhessischen Kreisgrenzen überschreitenden Schulentwicklungsplan in ihr Programm aufgenommen, der im ersten Schritt mit der Stadt Darmstadt realisiert werden sollte.
- In der gerade beendeten Entscheidungsfindung zum neuen Schulentwicklungsplan des Landkreises ist es der bildungspolitischen Sprecherin der FDP gelungen, die geplante Abspaltung der Lernhilfeabteilung von der Ernst-Reuter-Schule in Groß-Umstadt zu verhindern, bei der beabsichtigten restriktiven Schülerbegrenzung an der Alfred-Delp-Schule in Dieburg einen für alle annehmbaren Kompromiss anzustoßen und für die Schüler aus dem Ortsteil Gundershausen, die von der Justin-Wagner-Schule in Roßdorf auf eine gymnasiale Oberstufe wechseln wollen, eine Aufnahmegarantie für die Alfred-Delp-Schule in Dieburg durchzusetzen.

Schulentwicklung verlangt Konsens

Angesichts der demographischen Entwicklung und der prekären Haushaltslage ist eine langfristige Planung der regionalen Schulstruktur notwendig. Das bedeutet u.a., dass vor dem Bau von zusätzlicher Klassenräumen kreative Lösungen zur Auslastung der vorhandenen Kapazitäten gefunden, Schulbezirksgrenzen verändert und schulträgerübergreifende Lösungen mit einbezogen werden müssen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Eine nachhaltige Schulentwicklungsplanung darf mit Blick auf die Steuerbelastung der Bürger nicht außer acht lassen, dass es einerseits ein breit gefächertes, möglichst wohnortnahes Bildungsangebot geben sollte, andererseits Schulen aber eine bestimmte Größe haben müssen, um bildungsökonomisch effektiv arbeiten zu können.

Eine regionale Schulentwicklungsplanung muss von den Schulgemeinden in der Region getragen und mit der Politik einvernehmlich abgestimmt werden.

Anfallende Investitionen sollen sich verstärkt an den individuellen Schulprogrammen und -planungen orientieren. Dazu gehört auch der weitere, zeitnahe und konsequente Ausbau der naturwissenschaftlichen Fachräume an allen weiterführenden Schulen des Kreises.

Gemeinsamer Schulentwicklungsplan unverzichtbar

Die FDP Darmstadt-Dieburg hält an ihrer Forderung nach einem gemeinsamen Schulentwicklungsplan mit der Stadt Darmstadt fest, der auch an den Kreisgrenzen mit den benachbarten Schulträgern abgestimmt werden muss. Elternwille, freie Wahl der Bildungsgänge und der Abschlüsse müssen gewährleistet sein. Die Schulen müssen in gemeinsamer Abstimmung zu Entscheidungen über individuelle Profilbildungen motiviert werden. Auf dem Weg zu mehr Selbständigkeit der Schulen müssen die Grundschulen in ihrem Einzugsbereich eng mit den Förderschulen und den weiterführenden Schulen – und diese mit den berufsbildenden Schulen – vernetzt werden.

Ebenso kann Inklusion nur gelingen, wenn es eine enge Verzahnung aller Schulen in einem Einzugsbereich gibt, die von der FDP als „Regionale Entwicklungsverbände“ definiert werden.

Selbständige Schule braucht selbständige Mittel

Das bei der Weiterentwicklung von Schule benötigte hohe Maß an Selbständigkeit setzt nicht nur inhaltliche, sondern auch finanzielle Entscheidungsfreiheit voraus.

Daher setzt sich die FDP dafür ein, dass höhere Anteile aus dem Schuletat des Landkreises Darmstadt-Dieburg von den Schulen frei verwaltet und eingesetzt werden können.

Kindergarten und Grundschule vernetzen

Auf der Grundlage des hessischen „Bildungs- und Erziehungsplans 0-10“ befürworten wir an allen Grundschulstandorten eine Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Für eine noch bessere Kommunikation und

Kooperation zwischen allen Beteiligten bejahen wir eine stärkere Einbindung der kreiseigenen Angebote für Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.

Darüber hinaus halten wir am Fortbestand aller Grundschulstandorte im Landkreis fest, um auch weiterhin allen Grundschulern einen wohnortnahen Schulbesuch zu ermöglichen.

Wünschenswert ist aus unserer Sicht die Einführung der jahrgangsübergreifenden Eingangsklassen möglichst an allen Grundschulen. Dieser "Flexible Schulanfang" ist aus pädagogischer Sicht uneingeschränkt zu befürworten, da er die unterschiedlichen Entwicklungsstände und Leistungsfähigkeiten der Kinder besonders berücksichtigt. Darüber hinaus kann dieses Modell mit jahrgangsübergreifender Klassenbildung bei sinkenden Schülerzahlen dazu beitragen, die vorgegebenen Klassengrößen zu erreichen und dadurch die Schulstandorte zu erhalten.

Ganztagschule konsequent weiterentwickeln

Die familienfreundlichen Schulen müssen durch den konsequenten Ausbau der Ganztagsangebote und – wo es die Schulgemeinde wünscht. durch deren Weiterentwicklung – zu „echten“ Ganztagschulen weiter verbessert werden.

Die FDP unterstützt bestehende und zukünftige Programme des Kreises, die diese Ziele fördern.

Sie fordert die Schaffung von ausreichenden Betreuungsräumen an allen Schulen, an denen über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung in irgendeiner Form stattfindet (Betreuende Grundschule, Betreuung oder Ganztagsunterricht an Förderschulen, Familienfreundliche Schule, Pädagogische Mittagsbetreuung, offene und gebundene Ganztagschule).

Mittelstufenschulen anregen

Die FDP ermutigt alle Schulen im Landkreis, die sich auf den Weg der „Mittelstufenschule“ machen. Von der FDP wird ein kreisweit ausgewogenes Angebot an Mittelstufenschulen und -zweigen befürwortet, wodurch die Eltern und Schüler eine wohnortnahe Wahlmöglichkeit der einzelnen Schulangebote bekommen.

Info über Mittelstufenschule

In den Jahrgangsstufen 5 bis 7 der Mittelstufenschule können die Bildungsgänge der Haupt- und Realschule schulformübergreifend unterrichtet werden. Die Jahrgangsstufen 8 und 9 des Hauptschulzweiges werden in Kooperation mit der beruflichen Schule als praxisorientierter Bildungsgang organisiert; in den Jahrgangsstufen 8 bis 10 des Realschulzweiges wird im Rahmen des Wahlpflichtunterrichts zusätzlich berufsbezogener Unterricht (Schwerpunktfächer) in den Berufsfeldern der kooperierenden Berufsschule angeboten.

Gymnasiales Angebot ausweiten

Das weiterführende Schulangebot im Landkreis zeichnet sich durch immer besser werdende räumliche und sächliche Ausstattung und gute pädagogische Arbeit aus. Die Schulen sind so attraktiv geworden, dass inzwischen selbst Kinder aus Darmstadt Kreisschulen besuchen. Der „Gymnasiale Ringanker“ rund um Darmstadt und

die weiteren Angebote an den Gesamtschulen im Landkreis ermöglichen es allen Kreisschülern, wohnortnah zwischen allen Bildungsgängen zu wählen.

Dieses gute gymnasiale Angebot im Landkreis soll so weiter entwickelt werden, dass für alle Schüler kreisweit neben dem G8- auch ein G9-Angebot erreichbar ist.

Der von der Joachim-Schumann-Schule in Babenhausen beantragte und vom Kreistag beschlossene Schulversuch einer Kombination von G8 und G9 innerhalb einer Schule wird weiterhin befürwortet. Ohne die Zustimmung aller Betroffenen lehnen wir die organisatorische Zusammenlegung von Joachim-Schumann-Schule und der Bachgauschule in Babenhausen ab.

Die FDP setzt sich für eine zügige Errichtung einer gymnasialen Oberstufe in Griesheim ein.

Die Liberalen unterstützen die von der engagierten Elterninitiative betriebene Neugründung einer Kooperativen Gesamtschule mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt („MINT“) in Mühlthal.

Inklusion verlangt Voraussetzungen

Mit der Unterzeichnung der UN-Charta zum Schutz der Rechte behinderter Menschen haben sich Deutschland und seine Bundesländer zu umfassenden Maßnahmen eines inklusiven Bildungssystems verpflichtet. Damit ist Inklusion ein Pflichtthema künftiger Bildungsplanung. Das erfordert vom Landkreis als Schulträger die behindertengerechte und barrierefreie Umgestaltung der Regelschulen.

Gleichzeitig muss die Attraktivität der Förderschulen so gestaltet werden, dass diese von den Eltern als gleichwertige Alternative gewählt werden kann.

Schulsozialarbeit intensivieren

Die jahrelange Forderung der FDP, die projektbezogene Schulsozialarbeit des Landkreises zugunsten einer an die Schulen verlagerten „Jugendsozialarbeit an Schule“ aufzugeben, wurde 2008 durch Kreistagsbeschluss erfüllt. Gleichzeitig konnten weitere Stellen für diese wichtige Aufgabe geschaffen werden, die in einem ersten Schritt an allen Schulen mit 5. bis 10. Jahrgängen eingeführt wurde. Diese schulbezogene Sozialarbeit muss nachhaltig und dauerhaft angelegt bleiben. Dazu benötigen wir eine bedarfsgerechte Verbesserung der personellen Ausstattung an einzelnen Schulstandorten. Schrittweise müssen auch alle Förderschulen und Grundschulen in dieses Programm einbezogen werden.

Lebenslang lernen

Lebensbegleitendes und lebenslanges Lernen ist infolge der rasanten Wissensvermehrung, der Globalisierung und des demographischen Wandels eine Notwendigkeit im heutigen beruflichen und privaten Leben. Dies stellt besondere Anforderungen an die Weiterbildungseinrichtungen. Die Volkshochschule ist schon lange die erfolgreiche Weiterbildungseinrichtung unseres Landkreises. Für die umfangreichen und vielgestaltigen Anforderungen des lebenslangen Lernens ist jedoch die Vernetzung mit anderen Einrichtungen erforderlich. Mit der viel versprechenden Einrichtung des Hessencampus arbeitet die Volkshochschule seit einigen Monaten in diesem Sinne mit der beruflichen Landrat-Gruber-Schule in Dieburg zusammen. Eines der Ziele des Hessencampus ist neben der Beratung und dem Selbstlern-

zentrum der Aufbau eines Weiterbildungsnetzwerkes. Nach Auffassung der FDP sollten neben anderen öffentlichen auch betriebliche Weiterbildungseinrichtungen der Industrie, des Handels und des Handwerks Teile eines solchen Netzwerkes werden. Dies könnte auch der Weg zu einem erfolgreichen Sponsoring sein, durch das der Hessencampus in Zukunft – nach Auslaufen der Anschubfinanzierung durch das Land in 2013 - eine finanzielle Verstärkung erfahren würde.

Für die von der Landkreis-FDP seit Jahren vorgeschlagene Verschmelzung der Volkshochschulen im Landkreis und in Darmstadt besteht aufgrund dieser aktuellen Entwicklung für uns keine Notwendigkeit mehr: Die angestrebten sinnvollen Synergien und Kosteneinsparungen können auch über den jetzt eingeschlagenen Weg erzielt werden.

Schülerbeförderung besser abstimmen

Die FDP befürwortet eine ständige Optimierung des Abgleichs zwischen den Fahrplänen des ÖPNV und den Schulzeiten, besonders im Hinblick auf die Ganztagsangebote zu verkehrsarmen Zeiten.

Kultur- und Sportpolitik

„Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit“.

Friedrich Schiller (1759-1805)

Kulturpolitik und Vereine sind gesellschaftliche Chance

Liberale betrachten Kunst und Kultur als Chance und Voraussetzung für Entfaltung und Selbstverwirklichung des Einzelnen. Wachsende Freizeit, Gestaltungsbedürfnis und die zunehmende Bildungsnachfrage vieler Menschen machen Kulturförderung zu einer wichtigen Aufgabe der Kommunalpolitik. Ein vielfältiges und reichhaltiges Kulturleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität. Es ist oberster Grundsatz liberaler Kulturpolitik, die Pluralität und Freiheit der künstlerischen Meinungen und Ausdrucksweisen zu gewährleisten. Die FDP will die Entfaltung eigener schöpferischer Kräfte in allen Bereichen des Kultur- und Kunstlebens wecken und fördern.

Seit 1979 vergibt der Landkreis den in Deutschland höchstdotierten Regionalpreis für bildende Kunst und Literatur, den Georg-Christoph-Lichtenberg-Preis.

Mit dem Denkmalschutzpreis des Kreises werden Bemühungen um den Erhalt und die Sanierung von Gebäuden mit besonderer Bedeutung ausgezeichnet.

Kunstmärkte, Ausstellungen und ein reiches Konzertangebot beleben die Kulturszene. Überregionale und regionale Kulturschätze und Kulturangebote und ein reges Vereinsleben zeichnen unseren Landkreis aus.

Diese Preise müssen auch in Zeiten knapper Kassen erhalten bleiben.

Neben dem Weltnaturerbe „Grube Messel“, historischen Gebäuden wie dem Schloss Lichtenberg und der Veste Otzberg, sind zahlreiche Heimatmuseen mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten und viele Theater- und Musikvereine beispielhaft.

Die FDP setzt bei der Kulturförderung nicht allein auf finanzielle Leistungen des Landkreises, sondern möchte privates und ehrenamtliches Engagement, z.B. in Form von Kulturvereinen, Stiftungen und Kultursponsoring als wichtige Ergänzung staatlicher und kommunaler Kulturförderung unterstützen.

Die angesichts der schwierigen finanziellen Lage notwendige Überprüfung aller freiwilligen Leistungen darf nicht zu einem Kahlschlag in der Kultur- und Vereinsförderung führen. Entscheidungen sind hier deshalb äußerst gewissenhaft und mit Blick auf die Zukunftssicherung des vielfältigen Kulturangebotes in unserem Landkreis zu treffen.

Ehrenamt braucht Anerkennungskultur

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass ehrenamtliches Engagement in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens eine neue Anerkennungskultur erfährt. Das betrifft insbesondere auch das vielfältige und aktive Vereinsleben im Landkreis. Es leistet einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag, auch bei der Integration ausländischer Mitbürger.

Die FDP will die bewährte „Ehrenamts-Card“ aufwerten.

Sport ist Gesellschaftsleben

Lasst die Greise eines Landes an Euch vorüberziehen und Ihr werdet sehen, wie es dort um den Sport bestellt ist.
Jean Giraudoux, frz.Schriftsteller (1882-1944)

Sport ist zum gesellschaftlichen Anliegen vieler Bürger geworden. Er ist alles andere als nebensächlich und gehört mit zu jenen Kräften, mit denen wir unser Leben gestalten. Mit dem Leistungsdenken drängt auch der Sport weiter nach vorn. Gleichzeitig kommen mit der größeren Freizeit des Menschen in unserer industriellen Gesellschaft aber auch veränderte Anforderungen auf den Sport zu.

Der Spielraum in des Wortes ursprünglicher Bedeutung wird zu einem wichtigen Lebensraum. Wenn es gelingt, die sozialen, biologischen und pädagogischen Funktionen des Sports mit seiner Spitze und mächtigen Breite weiterhin mit der Organisation der Vereine zu verbinden, dann wird es keine Krise des Sports geben.

Ohne die Eigenleistung des Sports kann ein demokratisches Staatswesen nicht auskommen. Die ehrenamtliche Leistung der unzähligen freiwilligen Helfer kann niemals allein mit staatlicher Förderung, mit Gemeinnützigkeit oder mit Steuerfreibeträgen abgegolten werden.

Schulsporthallen funktionsfähig halten

Die kreiseigenen Schulsporthallen müssen weiterhin ausgebaut, renoviert und für den Sportbetrieb funktionsfähig gehalten werden. Die Hallen sollen auch künftig außerhalb des Schulbetriebes den ortsansässigen Vereinen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Sportstättenentwicklung fortsetzen

Geänderte Bedingungen von Arbeit, Umwelt und Lebensgestaltung der Bürger erfordern von Kreis und Gemeinden wachsende Anstrengungen, um der Bedeutung von Sport, Freizeit und Erholung gerecht zu werden.

Die FDP setzt sich für eine engere Kommunikation mit den Städten und Gemeinden des Landkreises sowie deren Vereinen ein, um die Entwicklung sowie den Neubau von Sportstätten auf deren Bedarf auszurichten.

Die finanzielle Unterstützung durch den Kreis zugunsten der Vereine, die eigene Sportstätten neu errichten und unterhalten, wird beibehalten.

Das in Zusammenarbeit mit der Sparkasse Darmstadt eingerichtete Darlehens- und Bürgerschaftsprogramm „Gut“ hat sich bewährt.

Schwimmbäder als Ausbildungsstätten

Zur Unterstützung der Schwimmbäder im Kreis soll darauf hingewirkt werden, dass zumindest alle Grundschüler in den Bädern im Landkreis den im Sportlehrplan geforderten Basisschwimmunterricht erhalten.

Soziales, Gesundheit, Senioren

„Die Zukunft, die wir wollen, muss erfunden werden. Sonst bekommen wir eine, die wir nicht wollen.“
Josef Beuys (1921-1986)

Mehr Arbeitsvermittlung - mehr Generationengerechtigkeit - mehr Sicherheit

Liberaler Sozialpolitik basiert auf einem Menschenbild, in dem der Einzelne bemüht ist, sein Leben in der Gemeinschaft selbstständig und eigenverantwortlich zu gestalten. Wo dies aufgrund von Behinderung, Krankheit oder Lebensalter nicht möglich ist, muss Hilfe zielgerichtet, effektiv, schnell und kostengünstig geleistet werden. Dabei muss eine ständige Überprüfung der Hilfeleistungen auf ihre Effizienz erfolgen.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik. Daher sind Sozial- und Wirtschaftspolitik eng miteinander verbunden.

Bürgerengagement stärken

Leben in unserem Kreis und unseren Gemeinden bedeutet vor allem Leben in der Gemeinschaft. Hier ist die Möglichkeit des Einzelnen, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst zu erkennen und mitzugestalten. Für Liberale gilt das Prinzip der Subsidiarität, des Vorrangs der kleineren Einheit: Auf höherer Ebene soll nur geregelt werden, was auf unterer Ebene nicht besser geregelt werden kann. Wichtiger Bestandteil der liberalen Bürgergesellschaft ist der stärkere und frühzeitigere Einfluss der Bürger auf kommunale Sachentscheidungen durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Für die FDP sind Eigeninitiative, Selbsthilfe und das Ehrenamt untrennbar verbunden mit dem Einsatz für die Gemeinschaft. In dieser Gemeinschaft sind Sport- und Kulturvereine ebenso unverzichtbar, wie soziale Initiativen. Sie brauchen Unterstützung und notwendige Freiräume, um sich entfalten zu können. Das ehrenamtliche Engagement soll erleichtert werden durch Qualifizierung, Anleitung und die Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften. Das Ehrenamt muss mehr Anerkennung auch durch verstärkte öffentliche Würdigung erfahren.

Gesundheitswesen reformieren

Eine gute Versorgung im Krankheitsfall und eine qualifizierte Pflege vor Ort sind zentrale Anliegen der Menschen an die kommunale Gesundheitspolitik.

Sie muss trotz der dramatischen finanziellen Lage des Landkreises aber auch der Überbürokratisierung und Reglementierung des Gesundheitswesens Rahmenbedingungen schaffen, damit den kranken Menschen in zumutbarer Entfernung ein ausreichendes Angebot medizinischer und pflegerischer Leistung durch Heilberufe, Pflegedienste und Krankenhäuser zur Verfügung steht.

Eine dem Bedarf angepasste Versorgung auf verschiedenen Leistungsebenen (Grund-, Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung) muss gewährleistet werden. Dabei soll trotz des überall eingeleiteten Bettenabbaus eine intelligente, die Notfallversorgung gewährleistende Krankenhausplanung umgesetzt werden.

Die Optimierung der ÖPNV-Verbindungen zu den Kreiskliniken ist für die ländliche Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Krankenhäuser und ärztlichen Versorgungseinrichtungen.

Kooperationen bilden

Langfristige, erfolgreiche Planung, Effizienz und Wirtschaftlichkeit, innovative Leistung und Anwendung neuester Technologien sowie ein gutes Zuweisungsmanagement durch Vernetzung mit niedergelassenen Ärzten ist ohne Strukturwandel durch Konzentration und Kooperation nicht mehr erreichbar.

Um die medizinische Betreuung in Krankenhäusern auf hohem medizinisch-technischem und personellen Niveau halten zu können, sind landkreisübergreifende Verhandlungen zur betriebswirtschaftlichen Optimierung oder Kapitalaufstockung notwendig, damit Leistungen vor Ort kostengünstiger angeboten werden können. Dabei sind moderne Medientechniken zu nutzen.

Die FDP dringt deshalb seit Jahren mit Nachdruck auf eine strategische Partnerschaft der beiden Kreiskrankenhäuser in Groß-Umstadt (Allgemeinversorgung) und Jugenheim (Fachklinik orthopädische Chirurgie und neurologische Rehabilitation) mit anderen privaten oder öffentlich-rechtlich organisierten Krankenhausträgern in der Region, um dem Millionendefizit und Insolvenzgefahren entgegenzutreten. Nur so kann die medizinische Versorgung wirtschaftlich und im Wettbewerb um Patienten, Kapital und Fachkräfte gesichert werden.

Der Kreistag hat zwar 2009 einen entsprechenden Antrag der FDP einstimmig beschlossen, bis heute ist die rot-grüne Koalition jedoch über unbedeutende Ansätze nicht hinaus gekommen.

Diesem Versagen der politisch und geschäftsführend Verantwortlichen muss nach den Kreistagswahlen ein Ende bereitet werden. Schon heute erhöhen die aufgelaufenen rd. 22 Mio. Euro Verluste die Gesamtschulden des Kreises in auf Dauer nicht vertretbarem Maße.

Versorgung verbessern

Liberale kommunale Gesundheitspolitik fordert eine verbesserte Zusammenarbeit der freien, niedergelassenen Heilberufe untereinander sowie mit den Krankenhäusern der Region. Dabei ist auch daran gedacht, dass niedergelassene Heilberufe in Krankenhäusern praktizieren. Die FDP lehnt allerdings einen Wettbewerb verzerrenden Konkurrenzkampf des Landkreises mit niedergelassenen Ärzten ab. So hat sie gegen den Widerstand aller anderen Kreistagsfraktionen dafür gesorgt, dass es zu einer gerichtlichen Entscheidung kam, mit der die Kreisverwaltung daran gehindert wurde, mit Geldern der Steuerzahler ein teures Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit dem Ziel einzurichten, Patienten gezielt in die kreiseigenen Krankenhäuser einzuweisen.

Die FDP begrüßt deshalb ausdrücklich den gerade beschlossenen Verkauf eines Teilgrundstücks auf dem Gelände des Krankenhauses in Groß-Umstadt zum Marktwert an private Investoren, um dort ein Ärztehaus für niedergelassene Fach- und Hausärzte zu errichten. Dies unterstützt die nach jahrelangen Stabilisierungskonzepten einer privaten Unternehmensberatung eingeleitete Neustrukturierung des Kreiskrankenhauses zu einem umfassenderen Gesundheitszentrum der Grund- und Regelversorgung mit vernetzter ambulanter und stationärer Medizin. Die ärzt-

liche Kooperation schafft kurze Wege für Patienten, Synergieeffekte und effizienteres Arbeiten.

Angesichts von jährlich ca. 800 000 Patienten, die in Deutschland eine nosokomiale Infektion erleiden und von denen rund 40 000 daran versterben, verlangt die FDP Maßnahmen einer effizienten und alle Bereiche umfassenden Hygiene in den Kreiskrankenhäusern durch ständige Präsenz eines Facharztes für Hygiene.

Pflegedienste, Krankentransport und Rettungsdienste sind so zu organisieren, dass chancengleicher Wettbewerb für private und freigemeinnützige Anbieter ermöglicht wird.

Die ärztliche Notfallversorgung muss im Landkreis im bisherigen Umfang erhalten bleiben. Die FDP tritt dafür ein, dass die notärztliche Versorgung im Landkreis bedarfsgerecht gesichert wird.

Senioren einbinden

Alter darf nicht ins Abseits führen. Ältere Menschen müssen als geachtete Bürger gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, aktiv, sinnvoll eigenverantwortlich und selbst bestimmt. Von ihren Erfahrungen können alle profitieren.

Noch wird Darmstadt-Dieburg aufgrund seiner Lage und Ausgangsbedingungen als "Zuzugskreis" begünstigt und weiter wachsen. Prognosen lassen jedoch einen Bevölkerungsrückgang ab 2020 erwarten. Vorausschauendes politisches Handeln muss sich schon jetzt durch eine demografische Anpassungs- und Präventionsstrategie auf diese erkennbare Entwicklung einstellen. Die FDP richtet dabei ihr Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Bedingungen für Kinder, Familien und Senioren, den Zuzug und Verbleib junger Familien, eine bedarfsgerechte Anpassung der öffentlichen Strukturen und auf verbesserte Lebensbedingungen, die die Attraktivität unseres Landkreises erhöhen.

Dafür wird sich die FDP in der vom Kreistag eingesetzten "Kommission demografischer Wandel" auch weiterhin nachhaltig einsetzen.

Libérale Seniorenpolitik geht Jung und Alt gleichermaßen an, weil sie das Gegenüber der Generationen verhindern und das Miteinander erreichen will.

Die FDP will die ehrenamtliche Tätigkeit von Senioren im Rahmen ihrer Möglichkeiten anregen und fördern. Sie soll gerade diesen Personenkreis einer älter werdenden Gesellschaft dazu animieren, Verantwortung zu übernehmen und sich mit all ihrer Erfahrung um die Angelegenheiten der Gemeinschaft zu kümmern. Altengerechtes Wohnen in seiner Vielfalt, Seniorenclubs, Seniorenbeauftragte, Vereine zur gegenseitigen Hilfe etc. sollen gefördert werden. Der ambulanten Hilfe ist Vorzug einzuräumen vor der stationären Hilfe, wobei dem Wunsch der Senioren auch nach verschiedenen Zwischenstufen entsprochen werden soll. In vielen Gemeinden sind bereits Seniorenbeauftragte in den Verwaltungen tätig. Daher fordert die FDP vorrangig die Verlagerung der Beratungstätigkeit vom Kreis auf die Kommunen.

Keine einseitige Bevorzugung von Kommunen

Mit dem Senio-Verband und der der Gersprenz gGmbH finanzieren der Landkreis und die Kommunen Eppertshausen, Fischbachtal, Groß-Umstadt, Groß-Bieberau,

Groß-Zimmern, Münster und Reinheim einen nach wie vor nicht kostendeckenden Betrieb von Pflegeheimen.

Die FDP drängt darauf, dass der Landkreis mit den im Senio-Verband beteiligten Kommunen schnellstmöglich eine Einigung über den Ausstieg und auf Übertragung seiner fast 25 %-Beteiligung auf interessierte Investoren erreicht. Dies schon deshalb, weil sich der Landkreis kommunalrechtlich auf diejenigen Aufgaben zu beschränken hat, die der einheitlichen Versorgung und Betreuung der Bevölkerung des ganzen Landkreises oder eine größeren Teils des Landkreises dienen. Ein sozialpolitisch besonderes finanzielles Engagement zugunsten weniger Gemeinden allein im Ostteil des Kreises benachteiligt die große Mehrheit aller anderen Städte und Gemeinden im Kreis.

Die FDP unterstützt Initiativen privater oder gemeinnütziger Rechtsträger zum Bau und Betrieb von seniorengerechtem Wohnraum, Altenpflegeeinrichtungen und der Betreuung Demenzkranker.

Seniorenarbeit sollte möglichst wohnortnah erfolgen. Was in den Kommunen an Seniorenarbeit erledigt werden kann, darf nicht zusätzlich Aufgabe des Landkreises sein.

Jugend ernst nehmen

Demokratie ohne Nachwuchs hat keine Zukunft. Liberale Politik bedeutet, dass Jugendliche ernst genommen werden und eigene Gestaltungsmöglichkeiten haben. Generationengerechtigkeit und verantwortungsbewusste Teilnahme am gesellschaftlichen Leben betrifft alle Altersstufen.

Die FDP will die Eigeninitiative und Selbstorganisation Jugendlicher fördern und deshalb Schülerwahlen, Jugendbeiräte und Jugendparlamente unterstützen.

Angebote für Jugendliche müssen so ausgestaltet werden, dass gerade diejenigen, die keiner sinnvollen Freizeitgestaltung nachgehen und daher am ehesten gefährdet sind, angesprochen werden. Hier gewinnt die Tätigkeit der Vereine und auch der Jugendorganisationen der politischen Parteien eine herausragende Bedeutung.

Bei der Förderung der Vereine ist besonders darauf zu achten, dass eine qualifizierte Jugendarbeit geleistet wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass den Jugendlichen ein möglichst breites Angebot zur Verfügung steht. Daher fordert die FDP eine Ausweitung entsprechender Informationsveranstaltungen für die in der Jugendarbeit Tätigen.

Kinder und Familie fördern

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Dabei ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig, um die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern. Kinder und Karriere müssen nebeneinander möglich sein. Das gilt ebenso für allein erziehende Väter und Mütter. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auch auf flexible Ganztagsbetreuungsangebote, Tagesmütter und Kinderkrippen zurückgreifen können. Ganztageskinderplätze mit flexiblen Öffnungszeiten und schulische Ganztagsangebote sind daher unverzichtbar.

In Kindergärten muss das Betreuungsangebot durch altersgerechte, auch bilinguale Bildungsangebote verbessert werden.

Integration kommunal verwirklichen

Deutschland ist eindeutig ein Einwanderungsland. Allein von den rund sechs Millionen Hessen sind über eine Million in den letzten Jahrzehnten zugewandert oder als Kinder ihrer zugewanderten Eltern hier geboren. Die meisten Zuwanderer tragen positiv zu Hessens Internationalität und unserem gemeinsamen wirtschaftlichen Wohlstand bei. Doch wir müssen uns auch um diejenigen kümmern, die aufgrund mangelnder Bildung und Qualifikation in Parallelgesellschaften verdrängt worden sind und sich dort eingerichtet haben. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und Politikfelder in unserem föderal organisierten Gemeinwesen betrifft. Die wichtigste Integrationsebene ist dabei die Kommune. Denn hier leben, wohnen und arbeiten die Menschen. Hier sind die Krippen, Kindergärten, Schulen und Vereine, in denen gemeinsam gelernt und das menschliche Miteinander eingeübt wird.

Unsere Aufgabe ist es deshalb, vor Ort Unterstützungssysteme zu etablieren, die zum frühen Erwerb von Sprachkompetenz, einer individuellen Förderung von Begabungen und nicht zuletzt zu einer gemeinsamen Werteorientierung beitragen. Dabei müssen Politik, Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Ausländerbeiräte, die lokale Wirtschaft und vor allem die zahlreichen Bürger, die sich in diesem Bereich bereits ehrenamtlich engagieren, mit gemeinsam vereinbarten Zielen vernetzt werden.

Integrationsangebote sind eine Pflichtaufgabe der Gesellschaft. Doch ebenso besteht für Migranten die Pflicht, diese Angebote anzunehmen. Die Hessische Landesregierung hat mit der Einrichtung von Modellregionen zur Erprobung kommunaler Integrationskonzepte die Initiative ergriffen. Davon werden langfristig alle Städte und Gemeinden profitieren.

Für liberale Kommunalpolitiker heißt das konkret:

- Unterstützung junger Menschen durch Integrationslotsen, die z. B. bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen behilflich sind.
- Die sprachlichen Fähigkeiten von Migranten müssen als Qualifikation verstanden werden. Bescheinigung über Sprachkompetenz in der Muttersprache der Eltern oder Großeltern können Chancen bei Bewerbungen eröffnen.

Sicherheit erhöhen

Den Ängsten und dem Bedrohungsempfinden der Bevölkerung muss Rechnung getragen werden. Viele Bürger fühlen sich an bestimmten Orten zu bestimmten Zeiten nicht ausreichend sicher.

Die Polizei kann nicht jederzeit überall vor Ort sein, zumal sie meist für mehrere Kommunen gleichzeitig zuständig ist.

Die FDP befürwortet daher einen ehrenamtlichen freiwilligen Polizeidienst, der an den Brennpunkten immer wieder präsent ist. Alleine diese Präsenz reicht oftmals schon aus, Bedrohungen und Vandalismus vorzubeugen. Die örtlichen Polizeidienststellen können so teilweise entlastet, bei Bedarf aber zu Hilfe gerufen werden.

Die Erfahrungen von Kommunen, die einen solchen freiwilligen Polizeidienst eingerichtet haben, sind durchweg positiv.

Wo Gewalt, Diebstahl, Vandalismus und Graffiti-Verunreinigungen an Schulen nicht einzudämmen sind, wird die FDP darauf hinwirken, dass Programme entwickelt werden, die sicherstellen, dass durch gemeinsame Übernahme von Verantwortung durch Schüler, Lehrer und Eltern eine derartige Verschwendung von Steuergeldern unterbleibt. Gegebenenfalls ist eine Videoüberwachung von Pausenhöfen und Fahrradständern außerhalb der Schulzeit einzurichten.

Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Ehrenamt I. Klasse stärken

Die Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis leisten mit ihren 2 700 ehrenamtlichen Mitgliedern gemeinsam mit den Kräften der weiteren Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes wie Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutscher Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG), Deutschem Roten Kreuz (DRK), Johanniter-Unfallhilfe (JUH), Maltesern und Technischem Hilfswerk (THW) einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Beim Brandschutz, bei der allgemeinen Hilfe und beim Katastrophenschutz geht es tagtäglich in besonderer Weise um die Sicherheit. Mit ihrem Einsatz rund um die Uhr, bei dem sie oft ihre eigene Gesundheit und ihr Leben riskieren, versehen sie ein Ehrenamt Erster Klasse.

Die FDP fordert deshalb, auch angesichts der demographischen Entwicklung, die Unterstützung der Politik bei der Mitgliedergewinnung und die Anerkennung als besondere Pflichtaufgabe zu begreifen.

Ohne die Nachwuchsarbeit mit den heute über 1 100 Mädchen und Jungen in den 68 Jugendfeuerwehren hätten unsere Feuerwehren keine Zukunft.

Die FDP setzt sich daher für die Beibehaltung des Lehrgangs- und Seminarangebotes auf Kreisebene ein, die ergänzend zu der Ausbildung auf Standortebene den heutigen Anforderungen an die Feuerwehraktiven entspricht und die Ausbildung zu hervorragenden und leistungsfähigen Teams ermöglicht.

Synergieeffekte schaffen

Darüber hinaus unterstützt die FDP die Fortführung der Mitfinanzierung durch den Landkreis für Fahrzeuge an Standorten mit überörtlichen Aufgaben sowie die Fortführung des Wechsellader-Systems für die Gemeinden des Landkreises. Es darf nicht alleinige Aufgabe der Gemeinden sein, ihre örtliche Feuerwehr mit allen denkbaren Gerätschaften auszustatten. Hierbei muss auch der Landkreis aktiv in die Finanzierung mit eintreten, um Fahrzeuge und Material mit überörtlicher Bedeutung auf dem neusten Stand zu halten und so die Sicherheit aller 23 Städte und Gemeinden zu ermöglichen.

Gleichzeitig begrüßt es die FDP, wenn sich Feuerwehren im Sinne der kommunalen Zusammenarbeit im Brandschutz und bei der technischen Hilfeleistung spezialisieren, sodass sich die Gemeinden im Einsatzfall untereinander unterstützen und beraten können. Es kann nicht von jeder freiwilligen Kraft verlangt werden, sich mit allen technischen Feinheiten von der Bedienung eines „Gerätewagen Strahlenspürtrupps“ bis hin zur „Drehleiter“ en detail auszukennen.

Zusätzlich zu den freiwilligen Feuerwehren sind im Landkreis weitere Leistungserbringer des Notärztlichen- und des Rettungsdienstes tätig. Die FDP hält an den Notarzt- und Rettungsdienststandorten Dieburg, Groß-Umstadt und Jugenheim fest.

In der Vergangenheit hat sich die Abdeckung des Kreisgebietes durch drei Notarztstandorte mit Unterstützung durch den Notarzt der Stadt Darmstadt bewährt.

Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind ihrerseits aufgefordert, in eigener Verantwortung technisch, organisatorisch und wirtschaftlich für sinnvolle Synergieeffekte zu sorgen.

Verkehrspolitik

Mobilität sichern

Die FDP steht für eine mobile Gesellschaft. Diese soll aber nicht zu unerträglichen Lasten Anderer erreicht werden. Deshalb müssen die verschiedenen Verkehrsmittel unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Kriterien in einem funktionsfähigen Wettbewerb zueinander stehen. Individualverkehre sind umweltverträglich zu optimieren: Flüssiger Verkehr mindert Schadstoffausstoß, spart Energie und Feinstaubemissionen. Intelligente Ampelsysteme müssen „Grüne Wellen“ ermöglichen. Für die FDP steht die Optimierung der Verkehrsströme vor Fahrverboten oder einer Citymaut. Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur bildet nicht zuletzt eine Entscheidungshilfe bei der Standortwahl von Unternehmen.

Im Rahmen der Elektro-Mobilitäts-Entwicklung sind z.B. Stromtankstellen an P+R-Plätzen und bei den Kreisliegenschaften gemeinsam mit den Stromanbietern in die Verkehrsinfrastruktur einzubinden.

Straßeninfrastruktur nach Priorität ausbauen

Mit dem jetzt vorgelegten Verkehrsentwicklungsplan des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist eine wesentliche Grundlage für die Straßeninfrastruktur auch für die Kreiskommunen geschaffen.

Als besonders dringlich sind die Maßnahmen an Bundesstraßen aufgeführt, die bereits im Bundesverkehrswegeplan mit hoher Priorität ausgewiesen sind:

- die B 26-Nord-Ost-Umgehung in Darmstadt bis zum B 42-Autobahn-Anschluss Weiterstadt
- der dreistreifige und kreuzungsfreie Ausbau der B 26 zwischen Dieburg und der bayrischen Landesgrenze
- der vierspurige und kreuzungsfreie Ausbau der B 45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt-Süd
- die B 426-Umgehung Ober-Ramstadt-Hahn sowie ihre Weiterführung um Reinheim und Otzberg zur B 45.

Beim B-26-Ausbau östlich von Dieburg fordert die FDP einen kreuzungsfreien Ausbau auf heutigem Niveau sowie einen Neubau der „großen Südumgehung“ Babenhagens.

Nordostumgehung wichtigste Infrastrukturmaßnahme

Für die FDP bleibt die von ihrem Fraktionsvorsitzenden und damaligen Bundestagsabgeordneten, Klaus Jürgen Hoffie, vor über 30 Jahren auf den Weg gebrachte Planung der Nord-Ost-Umgehung Darmstadts die wichtigste regionale Straßenbaumaßnahme, die von den Grünen in Stadt und Landkreis bekämpft wird.

Schwerpunkte der kommunalen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen sind die bestmögliche Beseitigung der Überlast-Situationen von Straßen im Landkreis, die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf kritischen Streckenabschnitten (B 26 östlich von Dieburg; B 45 südlich von Dieburg) sowie die Verbesserung der Verträglichkeit von Ortsdurchfahrten (Roßdorf, Eschollbrücken, Pfungstadt-West, Hähnlein, Ober-Ramstadt-Hahn, Reinheim, Groß-Bieberau, Lengfeld, Dieburg, Eppertshausen).

Ortskernentlastungen zügig fertig stellen

Umgehungsstraßen sollen Ortskerne und Wohngebiete entlasten, wo Einwohner in unserem Landkreis zum Teil seit Jahrzehnten unerträglich unter Verkehrslärm, Staus und Abgasen leiden. Mit den Ortsumgehungen Nieder-Ramstadt (Lohbergtunnel), Pfungstadt, Ober-Ramstadt und Bickenbach sind in den letzten Jahren bereits wichtige Entlastungsstrassen fertig gestellt worden. Die Ortsumgehungen im Zuge der B 38 von Reinheim sind in Bau und für Groß-Bieberau im Planungszustand.

Innerörtliche verkehrliche Überlastungen in den Kommunen müssen kontinuierlich durch verkehrstechnische und- regelnde Maßnahmen reduziert werden.

Oberzentrum Darmstadt in Planungen einbeziehen

Wir werden unsere Verkehrsprobleme nur im regionalen Maßstab lösen. Deshalb fordert die FDP eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung der Stadt Darmstadt mit den Landkreisen in Südhessen. Bedarfsorientiert und attraktiv organisiert, können P+R-Plätze für Pendler nach Darmstadt und zur Rhein-Main-Schiene zum Beispiel entlang der Odenwaldbahn sinnvoll ergänzt werden. Eine Reaktivierung des Haltepunktes Zeilhardt mit einem P+R-Platz nahe der neuen B-38-Trasse soll geprüft werden. Damit können Verkehrs- und Umweltbelastungen deutlich gesenkt werden.

Der Zustand unserer Straßen hat sich nicht erst durch die beiden letzten Winter dramatisch verschlechtert. Die FDP fordert deshalb einen konkreten Zeitplan für die Beseitigung der witterungsbedingten Schäden der Kreisstraßen und einen entsprechenden Finanzierungsplan. Nur durch frühzeitige Sanierung können Folgekosten vermieden werden, die bei einer Verschiebung schnell ein Mehrfaches kosten. Darüber hinaus wird zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beigetragen.

Radwegenetz bedarfsgerecht verbessern

Der Radverkehr im Landkreis gewinnt zunehmend an Bedeutung. Sowohl im Pendlerbereich, dies zum Teil auch durch Fahrradmitnahme in den Bahnen, als auch im Freizeitsektor spielt das Fahrrad eine wichtige Rolle. Durch Ausbau des Radwegenetzes wird dieser Entwicklung Rechnung getragen. Lücken entlang klassifizierter Straßen müssen geschlossen werden, um Unfallsituationen zu vermeiden. Das zunehmende Aufkommen von Elektrorädern erfordert eine Überprüfung des Radwegenetzes, um dem höheren Geschwindigkeitsniveau gerecht werden zu können.

Schulen des Landkreises werden in starkem Maße per Rad angefahren. Die FDP unterstützt diese Entwicklung und fordert deshalb, dass sichere Verkehrswege wie auch die notwendigen diebstahlsicheren Abstellmöglichkeiten an den Schulen zur Verfügung stehen.

Für die Freizeit-Radwanderwege hat der Landkreis ein beispielgebendes Netz erstellt, das in Zusammenarbeit mit der Hochschule Darmstadt und den Nutzern weiter zu optimieren ist.

ÖPNV benutzerfreundlich machen

Der öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) muss angesichts der dramatischen Haushaltssituation des Kreises im Rahmen des gemeinsamen Nahverkehrsplans mit der Stadt Darmstadt für das DADINA-Gebiet noch stärker nach wirtschaftlichen

Grundsätzen betrieben werden. Beispielsweise können Anruf-Sammel-Taxen (AST) teure Stadtbushlinien ersetzen bzw. ergänzen. Die FDP fordert die Optimierung der Pendlerströme in Südhessen sowie die Erleichterung der Übergänge zwischen den Verkehrsverbänden Rhein-Main-Verbund (RMV) und Rhein-Neckar (VRN). Sowohl die Fahrpreisgestaltung als auch die Kundenfreundlichkeit hinsichtlich der Haltestellenqualität, elektronischen Hinweistafeln und der Bedienung von Fahrscheinautomaten u.a.m. bedürfen einer ständigen Überprüfung.

Die FDP fordert eine nutzerfreundliche Taktknotenplanung für die neue Pfungstadtbahn mit ihren Übergängen in Darmstadt wie auch die der überregionalen Verbindungen mit Umsteigemöglichkeiten in die Landkreisgemeinden. Großräumige Verkehrserschließungen müssen in unserem regionalen Vernetzungsbereich auch die Entwicklung der Metropolregion Rhein-Main-Neckar beachten. Erst wenn lange Umsteige- und Wartezeiten vermieden und attraktive Verbindungen geschaffen werden, kann der öffentliche Personen-Nahverkehr wirkungsvoll den Individualverkehr ersetzen.

Um dem ÖPNV im Verkehrsraum Groß-Zimmern/Roßdorf –Darmstadt Chancen für größere Leistungsfähigkeit zu erhalten, setzt sich die FDP weiterhin für die bereits Anfang der 80er Jahre vom damaligen hessischen Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr, Klaus-Jürgen Hoffie, initiierte Freihaltung der Trasse ein, um baldige Entscheidungen für eine mögliche Straßenbahnverbindung nicht zu verbauen. Das gilt auch für eine Streckenführung Weiterstadt-Darmstadt.

Schieneverkehr optimieren

Die FDP fordert eine optimale Einbindung Darmstadt-Dieburgs in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn im Zuge des Neubaus der Strecke Rhein-Main/Rhein-Neckar. Die Schieneninfrastruktur zu den angrenzenden Metropolregionen ist bereits deutlich überlastet.

Dazu muss die Funktion des Darmstädter Hauptbahnhofs als Drehscheibe für den schienengebundenen Regionalverkehr ausgebaut und gestärkt werden. Die FDP erkennt jedoch an, dass ein Haltepunkt für Hochgeschwindigkeitsverkehr an sich keinen verkehrspolitischen Wert darstellt. Wir befürworten einen konstruktiven Dialog mit der Deutsche Bahn AG über verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Im Vordergrund steht für uns eine verkehrlich optimale und räumlich bestverträgliche Anbindung Darmstadts über den Hauptbahnhof an die wichtigen überregionalen Knotenpunkte in der Region. Die FDP ist offen für eine Nordanbindung Darmstadts an den Fernbahnhof Frankfurt in Verbindung mit einer weiterführenden Trassierung nach Wiesbaden. Die Einrichtung einer solchen attraktiven Regionaltangente mit kurzen Fahrzeiten und Zugtaktungen stellt eine zukunftsorientierte Lösung der Gesamtproblematik im Ballungsraum Rhein-Main dar und führt zu einer erheblichen Aufwertung des Darmstädter Hauptbahnhofs.

Für die Bewohner im östlichen Landkreisteil fordert die FDP eine schnelle Verbindung zur Nord-Süd-Achse Frankfurt-Mannheim durch eine Regionalexpresslinie Aschaffenburg-Wiesbaden sowie eine S-Bahn-Strecke von Dieburg über die Dreieich-Bahn zum Flughafen als sinnvolle Erleichterung für Pendler in das Rhein-Main-Gebiet. Dies dient auch der Schonung der autogeplagten Bewohner an Durchfahrtsstraßen.

Internationale Bedeutung des Frankfurter Flughafens stärken

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens steht vor dem Abschluss. Er ist mit 4 Milliarden Euro die größte private Zukunftsinvestition in Deutschland und mit derzeit 71 000 Beschäftigten die größte lokale Arbeitsstätte in der Bundesrepublik. Dies ermöglicht die Verdoppelung des Fluggastaufkommens in den nächsten zehn Jahren und umfangreiche weitere Beschäftigungsverhältnisse: 2015 werden 95 000 Beschäftigte am Flughafen arbeiten. Der Frankfurter Flughafen sichert mit seiner Drehkreuzfunktion und als Tor zur Welt den Standort Hessen und die Technologieregion Rhein-Main-Neckar im Wettbewerb der Regionen Europas. Das Luftkreuz ist auch für den Landkreis Darmstadt-Dieburg ein herausragender Standortfaktor.

Gleichzeitig sind die Belastungen durch die Ausweitung des Flugbetriebs unverkennbar. Mit Nachdruck fordert die FDP deshalb die Einhaltung des im Mediationsverfahren vereinbarten Nachtflugverbots – vorbehaltlich der Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht – sowie die Umsetzung des Anti-Lärmpakts zum bestmöglichen Schutz der Lebensqualität und der Gesundheit der Menschen in unserer Region.

Umwelt und Natur

„Wir leben in einem gefährlichen Zeitalter. Der Mensch beherrscht die Natur, bevor er gelernt hat, sich selbst zu beherrschen.“

Albert Schweitzer (1875-1965)

Natürliche Lebensgrundlagen erhalten

Umweltschutz in unseren Städten und Gemeinden ist in erster Linie eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger. Er ist eine fachgebietsübergreifende Aufgabe, um die Lebensinteressen der Menschen und den Erhalt der Umwelt in Einklang zu bringen. Deshalb handeln Liberale nach dem Grundsatz des verantwortungsvollen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen. Im Umwelt- und Naturschutz haben für uns deshalb vertragliche Regelungen Vorrang, bevor es zu ausufernden Gesetzen und Verordnungen kommt.

Der Land- und Forstwirtschaft kommt in Bezug auf den Erhalt der Kulturlandschaft gerade im Ballungsraum eine wichtige Rolle zu.

Die wichtigen Umweltthemen wie Energieeinsparung, Flächenversiegelung, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Entsorgung von Abfällen sind eine Daueraufgabe des Landkreises mit seinen Kommunen.

In Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt wurden Projekte herausgearbeitet, die in Hinblick auf die prognostizierten Klimaveränderungen auch unsere Region zum Handeln auffordern. So sind die Häufungen von starken Winterniederschlägen planerisch von der Wasserwirtschaft ebenso zu berücksichtigen, wie eine länger anhaltende Sommerhitze durch die Gebäudewirtschaft. Während die baulichen Maßnahmen bei den Landkreis-Schulen und Verwaltungsgebäuden in der Vergangenheit im Wesentlichen der Senkung der Heizkosten dienten, ist zukünftig vermehrt der Schutz vor sommerlichen Hitzetagen zu beachten.

Der Schutz von Boden und Wasser ist gesetzlich geregelt, die Verwaltung hat für die Einhaltung der Gesetze vor Ort zu sorgen. Vom Umweltexperten der FDP, Dr. Albrecht Achilles, sind bereits Vorschläge zur nachhaltigen Reduzierung von bestehenden Belastungen in den Kreistag eingebracht worden: Durch Anbau von Energiepflanzen wie Schilfgras oder Gehölzpflanzen entlang von Gewässern können Nährstoffentzüge einerseits und Energiepotenziale andererseits geschaffen werden. Die Vorflutgewässer werden dadurch nachhaltig gereinigt und gleichzeitig dringend benötigtes Heizmaterial für unsere lokale Energieversorgung bereitgestellt. Hierzu schlägt die FDP eine Zusammenarbeit von Wasser-, Land- und Forstwirtschaft mit der Energiewirtschaft vor, bei der der Landkreis eine koordinierende Funktion übernehmen soll.

Die vielen Umweltallianzen und die immer größere Zahl öko-auditierten Firmen sind ein weiterer Beweis dafür, dass durch eigenverantwortliches Handeln überreguliertes Kontrollwesen ersetzt werden kann. Wie beim erstmals von der FDP initiierten „Grünen Band“ soll der Umweltschutzpreis des Landkreises Darmstadt-Dieburg deshalb wieder verstärkt auch zur Anerkennung von vorbildhaften Entwicklungen unserer heimischen Unternehmen eingesetzt werden.

Land- und Forstwirtschaft als Kulturraum sichern

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Faktor bei der Erzeugung von hochwertigen Nahrungsmitteln in Verbrauchernähe. Sie schafft Versorgungssicherheit und Ar-

beitsplätze und ist ein wichtiger Partner bei der Erhaltung der gewachsenen Kulturlandschaft mit dörflichen Strukturen am Rande der Ballungszentren und übernimmt damit eine unverzichtbare Aufgabe als Erholungsraum. Die Aufnahme des östlichen Landkreisteils in die EU-„LEADER“-Förderung unterstreicht diese Entwicklung, aus der das „Erlebnisband Gersprenz“ hervorgegangen ist.

Die FDP ist davon überzeugt, dass die ab 2013 festgelegte einheitliche Kulturlandschaftsprämie der richtige Weg zu einer marktwirtschaftlich orientierten, leistungs- und ertragsstarken nachhaltigen Landwirtschaft auch für unsere Region ist. Sie sichert Landbewirtschaftung zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten. Mit dem Aufbau eines Pools für Flächen sparende Kompensationsmaßnahmen kann nach Ansicht der FDP der Siedlungsdruck auf die knappe Ressource Boden im Ballungsgebiet eingeschränkt werden.

Eine standortangepasste Landwirtschaft ist Voraussetzung zur Erhaltung des hohen Qualitätsstandard unserer Böden. Mit der Kulturlandschaftsprämie werden die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe für den Erhalt der Kulturlandschaft honoriert.

Die Forstwirtschaft in privater oder öffentlicher Hand dient ähnlichen Funktionen wie die Landwirtschaft. Sie muss sich finanziell nachhaltig betreiben lassen und kann dabei den Erholungsbedürftigen des Ballungsraumes ortsnah einen Ausgleich verschaffen. Naturbezogene Bewirtschaftungsformen, wie sie bei der Landesförderung des Projektes „Messeler Hügelland“ oder beim Bewirtschaftungsvertrag „Buchenwälder des vorderen Odenwaldes“ mit der Gemeinde Modautal vereinbart wurden, sind beispielhaft.

Abfallwirtschaft bürgerfreundlich gestalten

Das beim Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung (ZAW) kreisweit umgesetzte Verfahren zur Mülleinsammlung im wirtschaftlichen Wettbewerb mit selektiver Entsorgung hat sich als äußerst effektiv und sauber erwiesen. Die am Verursacherprinzip orientierte Gebührenordnung ist hessenweit beispielhaft und kostengünstig. Die FDP fordert in interkommunaler Zusammenarbeit die örtlichen Abfall-Sammelstellen weiter zu optimieren.

Die FDP ist offen für neue Entwicklungen technischer Mülltrennung, wenn dadurch noch mehr Wertstoffe zurück gewonnen werden können als bisher. Gleichzeitig könnte dabei die Vielzahl der Abfallgefäße in den Haushalten reduziert werden, indem gelber Sack und graue Tonne durch eine „trockene“ Tonne zur besseren Wertstofftrennung ersetzt werden und die grüne Biotonne mit anschließender Kompostierung des Bioabfalls erhalten bleiben.

Die Beteiligung der Kreise Groß-Gerau und Odenwald an einer gemeinsamen Müllverwertung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt im Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) hat dazu beigetragen, unsere Müllverbrennungsanlage in Darmstadt effizient und gebührenkonstant zu betreiben. Durch vertragliche Vereinbarungen über weitere Verwertungsmöglichkeiten – auch über die Landesgrenzen hinaus – muss zukünftig sichergestellt werden, dass die inzwischen nicht mehr voll ausgelasteten Müllheizkraftwerke des Rhein-Main-Gebietes auch in Zukunft wirtschaftlich betrieben werden können.

Energie

Strom bezahlbar halten

Energie muss zuverlässig und bezahlbar sein. Aus diesem Grund sollen Standorte für regenerative Energien dort gefördert werden, wo sie nachhaltig wirtschaftlich sind. Für den Landkreis bedeutet dies, dass hier das Potenzial der Biomasseverwertung weiter verfolgt werden muss. Ein Ausbau der Fotovoltaik in Konkurrenz zu landwirtschaftlichen Nutzflächen wird ebenso abgelehnt wie ein weiterer Zubau von Windkraftanlagen im Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald. Eine Steigerung der Windenergie muss durch ein Upgrade der bestehenden Anlagen und einen Ausbau der Offshore-Windenergie erreicht werden.

Aktive Bürgerbeteiligung bei Leitungsausbau

Um die häufig in strukturschwachen Gebieten und an der Küste gewonnene Energie zu den Abnehmern zu bringen, muss das Leitungsnetz in den nächsten Jahren verstärkt ausgebaut werden. Die FDP fordert daher die Kombination von Hochspannungsleitungstrassen mit darunter angebauten Bioenergie-Pflanzen als attraktiven und nachhaltigen Lösungsansatz. Die FDP ist der Meinung: Hierzu muss die Bürgerbeteiligung aktiv herbeigeführt werden. Wer regenerative Energien haben will, muss auch neue Netze akzeptieren!

Kernenergie als Brückentechnologie nutzen

Als Brückentechnologie beim Umbau zur regenerativen Energieerzeugung muss die Kernenergie in den nächsten Jahren weiter genutzt werden. Es ist heuchlerisch, zu den Lastspitzen und an den windarmen Tagen Strom aus französischen und anderen ausländischen Kernkraftwerken zu importieren und in Deutschland die sicheren und CO₂-freien Kernkraftwerke vorzeitig stillzulegen.

Elektromobilität fördern

Die FDP setzt sich für alternative Antriebssysteme unserer Kfz ein und unterstützt die Möglichkeiten der Elektromobilität für Fahrzeuge im Kurzstreckenbetrieb. Aus diesem Grund soll bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen der Kreisverwaltung geprüft werden, in wieweit der Einsatz von Elektrofahrzeugen sinnvoll ist. Außerdem soll untersucht werden, in welcher Form die Bürger bei dem Umstieg auf Elektrofahrzeuge unterstützt werden können, z.B. durch Strom-Parkplätze an kreiseigenen Einrichtungen wie Kreishäusern, Schulen und Kreiskliniken.

Energie effizienter einsetzen

Die FDP fordert, den Energieeinsatz in Kreisgebäuden weiter zu optimieren. Mit dem Leitfaden zum wirtschaftlichen Bauen hat sich der Kreis eine Richtschnur zur Senkung der Heizenergiekosten gegeben, der im Hinblick auf neue Technologien ständig anzupassen ist.

Im Rahmen der Klimafolgenabschätzung ist auch die Gebäudewirtschaft des Kreises stärker gefordert: So muss die Klimatisierung an sonnenreichen Tagen angesichts der vielfältig installierten Wärmeerzeuger wie IT-Geräten, Bürotechnik und Beamern in Schulen und Kreisgebäuden bei baulichen Maßnahmen verstärkt berücksichtigt werden.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag 2011-2016

1. Hoffie, Klaus-Jürgen - Mühlthal
2. Slabon, Sigrid-Inge - Roßdorf
3. Meyer, Rolf - Bickenbach
4. Schäfer, Benjamin - Groß-Umstadt
5. Achilles, Dr. Albrecht - Dieburg
6. Schultze, Horst - Ober-Ramstadt
7. Jeromin, Ingo - Reinheim
8. Schuldes, Christopher - Bickenbach
9. Reuscher, Wilhelm - Dieburg
10. Daum, Andrea - Groß-Umstadt
11. Huthmann, Heinz - Ober-Ramstadt
12. Lilge, Jürgen - Pfungstadt
13. Wittenberger, Georg - Babenhausen
14. Thuleweit, Dominik - Griesheim
15. Jager, Dr. Eva - Roßdorf
16. Krug, Dr. Michael - Bickenbach
17. Saary, Barbara - Reinheim
18. Maurer, Dr. Hartmut - Pfungstadt
19. Engelhardt, Martin - Groß-Bieberau
20. Kind, Torsten - Babenhausen
21. Muth, Willi Georg - Mühlthal
22. Günster, Jürgen - Groß-Zimmern
23. Tachtler, Jan - Griesheim
24. Volz, Hartmut - Groß-Bieberau
25. Gerecke, Armin - Mühlthal
26. Willand, Manfred - Babenhausen
27. Enderle, Karlfriedrich - Münster
28. Schäfer, Klaus - Reinheim
29. Wellmann, Jörg - Roßdorf
30. Kirchhoff, Dieter - Mühlthal
31. Pesl, Karlheinz - Eppertshausen
32. Müller, Michael - Groß-Zimmern
33. Gemsjäger, Dr. Werner - Eppertshausen
34. Funk, Anette - Babenhausen
35. Reiter, Michael - Münster
36. Jeromin, Ursula - Reinheim
37. Segebart, Peter - Groß-Bieberau
38. Nake, Dr. Angelika - Griesheim
39. Berner, Ingo - Eppertshausen
40. Holl, Winfried - Reinheim
41. Weber, Torsten - Eppertshausen
42. Baumgart, Jörg - Bickenbach
43. Jeromin, Gerd - Reinheim
44. Wunderlich, Dr. Winfried - Roßdorf
45. Enderle, Rita - Münster
46. Markert, Dr. Karsten - Mühlthal
47. Linden-Weber, Tanja - Dieburg
48. Jeromin, Julia - Ober-Ramstadt

49. Weng, Ingrid - Dieburg
50. Bernschein, Eva-Maria - Groß-Zimmern
51. Heimann, Dr.med. Jürgen - Dieburg
52. Pfeiffer, Thomas - Groß-Zimmern
53. Kokott, Hans - Dieburg
54. Broszat, Wolfgang - Bickenbach
55. Hartmuth, Dorian - Erzhausen
56. Fülbert, Alexander - Reinheim
57. Neumann, Ronald - Dieburg
58. Schäfer, Adelheid - Ober-Ramstadt
59. Sommerfeld, Christian - Dieburg
60. Slabon, Rüdiger - Roßdorf